Monatsspiegel

Juni 2022

SPD Erlangen

Adressaufkleber

SPD-Politik im Bezirkstag von Mittelfranken:

Teilhabe, Gesundheit, Kultur, Natur – für Alle!

Von Gisela Niclas
Vorsitzende der SPD-Bezirkstagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser Start nach der Wahl 2018 war schwierig. Hinter uns lag ein Wahlkampf, der das gesellschaftliche Klima stark polarisiert hat, in dem Ausländerfeindlichkeit, Islamophobie und Antisemitismus in bisher nicht dagewesenem Ausmaß aufgebrochen sind, und in dem wie nie zuvor Landes- und Bezirksthemen nahezu keine Rolle gespielt haben. Unser Bayernergebnis war so niedrig wie nie zuvor. Unser Wahlergebnis in Mittelfranken war zwar zweistellig, und wir blieben zweitstärkste SPD-Fraktion aller 7 bayerischen Bezirke. Aber: Vor 2018 immer zweitstärkste Fraktion im Bezirkstag rückten wir nun auf den dritten Platz. Der Frust über die Schrumpfung von 7 auf 4 Mandate war groß. Hinzu kam das Entsetzen über den Einzug von 3 AfD-Vertretern.

Unsere politische Antwort auf die Präsenz der AfD im Bezirkstag:

Keine Zusammenarbeit, finanzielle Unterstützung der Allianz gegen Rechtsextremismus durch den Bezirk, jährlicher Bericht der Allianz im Bezirkstag

Trotz des Verlustes von drei Mandaten haben wir uns 2018 an die Arbeit gemacht nach dem Motto „wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren“. Wir haben uns aktiv eingemischt, das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mittelfranken ist der einzige Bezirk in Bayern, in dem die CSU nicht den Bezirkstagspräsidenten stellt und auch keine Mehrheit mehr hat – nicht einmal zusammen mit den Stimmen von FDP, ÖDP und AfD. Ein Bündnis aus den 17 Stimmen von SPD, Grünen, FW und Linken wählte einen FW-Bezirksrat als Präsidenten an die Spitze, unsere Genossin Christa Naaß konnten wir erneut als Vizepräsidentin durchsetzen. Auch wenn Absprachen in diesem G 17 Bündnis mitunter mühsam sind, stehen wir 4 von der SPD für Stabilität beim Austarieren der unterschiedlichen Interessen im bunten Bündnis „Gemeinschaft der 17“. Unter dem Titel „Teilhabe, Gesundheit, Kultur, Natur – für Alle!“ werden

Fortsetzung auf Seite 3

08.06.	15:00	AG 60+	Thalermühle	S. 23
11.06.	10:00	AsF: Qualitäts-Check vor Ort	Wöhrstraße/Schwabachanlage	S. 22
11.06.	11:00	AsF: AsF am Berg	Bergkirchweih	S. 22
14.06.		Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 23
15.06.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 20
21.06.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Brückenpaulus	S. 20
21.06.	19:30	Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung		S. 20
22.06.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Güthlein	S. 21
25.06.		Erlanger Benefizlauf	Röthelheimpark	S. 17
28.06.		Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 23
29.06.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Berliner Platz	S. 20
06.07.	19:00	AsF: Gesprächsrunde zu Mikromobilität	August-Bebel-Haus	S. 18
21.07.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Güthlein	S. 3

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzende: Munib Agha und Sandra Radue
Mitarbeiter: Christian Wonnerth
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:
Montag 12:00 bis 16:00 Uhr
Dienstag bis Freitag 08:00 bis 11:30 Uhr
sowie nach Terminvereinbarung

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Philpp Dees
Geschäftsführerin:
Katja Rabold-Knitter
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Mittwoch geshlossen
Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Katharina Ullmann (ku, presserechtlich Verantwortliche, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Munib Agha, Andreas Bammes, Alexandra Hiersemann, Katrin Hurle, Lisa Kaufmann, Gisela Niclas, Jan Schulz

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

wir demnächst unsere Erfolgsbilanz vorlegen. Hier einige Punkte vorab, für die wir uns im Bezirkstag erfolgreich eingesetzt haben.

Was haben wir erreicht?

Teilhabe:
Berufung des Mittelfränkischen Behindertenrates

Finanzen:
Stabilisierung der Bezirksumlage bei 23,55 Punkten in den letzten Bezirkshaushalten Das ist wichtig für die durch die Corona-Pandemie gestressten Haushalte mancher Städte und Landkreise; nicht alle sind so gut dran wie Erlangen. Hinzu kommt der regelmäßige Finanzdialog zwischen Bezirk einerseits und den Städten und Landkreisen.

Gesundheit:
Weiterentwicklung der Bezirkskliniken zu einem wohnortnahen ambulanten, teilstationären und stationären Angebot der Gesundheitsversorgung für Menschen mit psychischen und Suchterkrankungen z.B. neue Psychiatrische Klinik in Fürth, neue Tagesklinik in Roth, mehrere psychiatrische Institutsambulanzen in ganz Mittelfranken u.a.

Soziales:
Ausbau der ambulanten psychosozialen Hilfen besonders wichtig für Menschen mit psychischen oder Suchterkrankungen
Ausbau der Suchthilfe: Umsetzung und Finanzierung von Projekten der „Arbeit mit suchtkranken schwangeren Frauen“, „Arbeit mit suchtkranken Menschen mit Migrationshintergrund“ „Depression im Alter“, durch den Runden Tisch Sucht unter Leitung von Christa Naaß
Förderung von Pflegestützpunkten in allen kreisfreien Städten und Landkreisen

Bildung, Kultur, Natur
Modellprojekt: Schulbegleitung für Kinder mit Behinderung in die Organisation der Schulen integrieren
Beteiligung des Bezirks am Erinnerungs- und Zukunftsort „Hupfla“ in Erlangen zur Aufarbeitung der Euthanasiemorde
Errichtung einer Synagoge im Freilandmuseum als Signal gegen Antisemitismus, für religiöse Vielfalt und Integration, Einweihung voraussichtlich in 2023
Förderung von Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit im Naherholungsgebiet Fränkisches Seenland

2023 Abschied aus dem Bezirkstagsmandat
Nach drei Amtszeiten von 2008 bis 2023 im Bezirkstag von Mittelfranken werde ich im nächsten Jahr auch von diesem Mandat Abschied nehmen. In den 31 Jahren im Erlanger Stadtrat und den dann 15 Jahren im Bezirk gab und gibt es für mich immer eine klare Leitlinie für mein kommunalpolitisches Engagement in der Sozialpolitik: Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Chancen und Hilfen für Alle, die wegen ihrer sozialen Lage, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechtes oder aufgrund unterschiedlichster Behinderungen benachteiligt sind und Barrieren zu überwinden haben. Inklusion schützt die Würde des Menschen und ist gleichzeitig das Fundament einer stabilen Demokratie.
Ich hatte das Glück, in der Aufbruchstimmung der frühen 70er Jahre unter dem Motto „mehr Demokratie wagen“ nicht nur meine politische Heimat in der SPD zu finden, sondern auch in meinem Studium der Sozialarbeit neue Sichtweisen zu lernen: Statt Fürsorge am Gängelband des Staates nachhaltige, ganzheitliche soziale Förderung und Bildung, Bildung, Bildung! Dafür braucht es gute gesetzliche Rahmenbedingungen von Bund und Land, aber inklusive Sozial- und Bildungspolitik muss vor Ort gemacht werden, da wo die Menschen leben, für sie und vor allem mit ihnen zusammen. Mittlerweile heißt das „Sozialraumorientierung“ und ist weltweit als Vorgabe z.B. verankert in der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (BRK) und dem daraus abgeleiteten Bundesteilhabegesetz, dass für Menschen mit Behinderung die volle gesellschaftliche Teilhabe sichern soll. Seit Jahrzehnten schon richten wir als Erlanger SPD unsere Sozialpolitik nach diesem Selbstverständnis aus und das ist gut so.
2008 wurde vom Bayerischen Landtag entgegen der Zielsetzung der BRK und gegen den Widerstand z.B. des Bayerischen Städtetages ein wesentlicher Bereich der Sozialpolitik, die Zuständigkeit der ambulanten Eingliederungshilfe „nach oben“, in die Zuständigkeit der Bezirke überführt, Dasselbe passierte 2018 mit der ambulanten Hilfe zur Pflege. Deswegen habe ich mittlerweile 3 Mal mit einem sehr guten Stimmenergebnis für den Bezirkstag kandidiert. Es ging und geht mir vor allem darum, mich einzumischen im Interesse der Menschen, für die wir als Stadt Erlangen leider nicht mehr zuständig sein können und nicht um die Bedeutung des politischen Konstrukts Bezirk.
In meinem Mandat habe ich viele weitere Aufgabenfelder des Bezirks und hoch engagierte Menschen kennengelernt, mich gerne eingebracht und viele gute Netzwerke geknüpft. An meiner grundsätzlichen Kritik an der Struktur

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur nächsten

Kreismitgliederversammlung

am 21.07.2022, 20 Uhr
im großen Saal des Gasthof Güthlein, Dorfstraße 14

mit Wahl der 36 Delegierten plus Ersatzdelegierten zur Aufstellungskonferenz.

Bitte meldet eure Bewerbung als Delegierte*r an die Geschäftsstelle

(buero@spd-erlangen.de/ 09131 812 65 22).

Vielen Dank!

Munib Agha Sandra Radue

dieser politischen Ebene hat sich aber nichts geändert:
Der Bezirkstag wird als die dritte kommunale Ebene bezeichnet, aber er wird nicht bei den Kommunalwahlen gewählt, sondern zusammen mit dem Landtag und nach dessen Regeln. Das sicherte in Bayern jahrzehntelang die Dominanz der CSU in den Bezirkstagen (die aber spätestens seit 2018 bröckelt).
Bei der Kommunalwahl dürfen EU-Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinde-, Stadt-, und Kreisrät*innen wählen. Nicht aber ihre Bezirksrät*innen auf der dritten kommunalen Ebene.
Die wichtigsten Posten in der Verwaltung eines Bezirkes - Verwaltungsdirektor/in und Sozialreferent/in – besetzt der Freistaat selbst durch personelle Zuweisung aus dem jeweiligen Regierungsbezirk.
Der Bezirk finanziert sich zum größten Teil über die jährliche Bezirksumlage aus den Kassen der kreisfreien Städte und Landkreise. Diese haben aber keinerlei Mitsprachrecht bei der Verwendung dieser Gelder. Darüber bestimmt allein der Bezirkstag.
Bezirke gibt es nur in Bayern. Alle anderen Bundesländer haben als dritte kommunale Ebene Regionalverbünde, z.B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände u.a. In deren Vollversammlungen entsenden die Städte und Landkreisen Delegierte, die zusammen mit einer Regionalverwaltung dieselben Aufgaben wie die Bayerischen Bezirke erledigen, nur mit einem entscheidenden Unterschied: Sie haben eine direkte Anbindung an die Kommunalpolitik vor Ort.

Voller Einsatz für Menschen und Reformen lohnt sich

Manchmal hätte ich mir mehr Beachtung und Interesse an der Arbeit im Bezirkstag gewünscht. Ich weiß, dass das mit mir persönlich nichts zu tun hat, den meisten anderen SPD-Bezirksrät*innen in Bayern geht es ebenso. Es gab eine Zeit, da hätte die BayernSPD die Bezirke am liebsten abgeschafft. Weil sie aber im Landtag weder über die politische Power noch über Verbündete verfügt, ist das mittlerweile kein Thema mehr, der Frust darüber darüber aber noch immer hier und da spürbar. Meine Empfehlung: Die Bezirke sind Realität, Frust endlich ablegen, voller Einsatz für Menschen und Reformen lohnt sich. Auch im neuen Bezirkstag gibt es jede Menge Arbeit: Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes mit weniger Bürokratie, mehr Menschen mit Behinderung in den 1. Arbeitsmarkt, mehr inklusive Bildung, inklusive Umsetzung des KinderJugendStärkungsgesetzes, bessere Krankenhausfinanzierung, Schutz unsere Bezirkskliniken vor Privatisierung u.a.
Forderungen und Ziele für die künftige Bezirkspolitik müssen in die Forderungen an Land und Bund stärker integriert werden. Das Wahlrecht für Menschen mit Behinderung in gesetzlicher Betreuung haben wir aus den Bezirken heraus gefordert und im Bund durchgesetzt. Klagen wir endlich das Wahlrecht für EU-Bürger*innen zur dritten kommunalen Ebene ein!
Kommt zu unserem Informationsworkshop am 16. Juli in Roth. Eingeladen sind alle interessierten Genossinnen und Genossen, nicht nur Kandidat*innen. Weitere Infos: www.spd-bezirkstag.de
Gemeinsam sind wir stark!
Eure Gisela Niclas

DER BEZIRKSHAUSHALT 2022

Verwaltungshaushalt	989,66 Mio. Euro
Größte Einnahmenposten:	
Bezirksumlage	636,76 Mio. Euro
Staatlicher Sozialhilfeausgleich	157,2 Mio. Euro
Erstattung sozialer Leistungen (z.B. aus Renten oder von Angehörigen)	158,0 Mio. Euro
Schuletat (z.B. Förderung der Arbeitsverwaltung, Lehrpersonalzuschüsse)	29,36 Mio. Euro
Größte Ausgabenposten:	
Sozialetat (rd. 89 %)	882,28 Mio. Euro
davon Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung	569,35 Mio. Euro
davon Hilfe zur Pflege	126,21 Mio. Euro
Leistungen für Grundsicherung und Lebensunterhalt	72,21 Mio. Euro
Personalausgaben	86,93 Mio. Euro
davon im Schuletat	35,25 Mio. Euro
Vermögenshaushalt	25,61 Mio. Euro
Größte Einnahmenposten:	
Kreditaufnahme	0,52 Mio. Euro
Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	20,35 Mio. Euro
Größte Ausgabenposten sind u.a.:	
Ertüchtigung IT-Gebäude	1,62 Mio. Euro
Ertüchtigung Werkhalle BBW HS Nürnberg	4,80 Mio. Euro
Energetische Sanierung des Wohnheims am Sandbuck 4 in Triesdorf	1,20 Mio. Euro

DIE BEZIRKSUMLAGE 2022

Prozentuale Anteile der Umlagezahler am Gesamtbetrag der Bezirksumlage 2022 i.H.v. 636,76 Mio. Euro.

Stadt Nürnberg	218,33 Mio. Euro (34,3%)
Stadt Fürth	48,74 Mio. Euro (7,7%)
Stadt Ansbach	15,20 Mio. Euro (2,4%)
Stadt Erlangen	59,85 Mio. Euro (9,4%)
Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen	26,67 Mio. Euro (4,2%)
Landkreis Roth	36,69 Mio. Euro (5,8%)
Landkreis Neustadt-Aisch/Bad Windsheim	28,20 Mio. Euro (4,4%)
Landkreis Fürth	33,80 Mio. Euro (5,3%)
Landkreis Erlangen-Höchstadt	47,84 Mio. Euro (7,5%)
Landkreis Ansbach	53,83 Mio. Euro (8,5%)
Stadt Schwabach	14,74 Mio. Euro (2,3%)

Rolf Schowalter wird 75

Von Andreas Bammes

Zum 75. Geburtstag wünscht der Distrikt Tennenlohe seinem amtierenden Vorsitzenden Rolf Schowalter alles Gute! Auf dass wir dich noch viele weitere Jahre als Genossen in unseren Reihen haben.

Seit 40 Jahren SPD-Mitglied, seit 2014 Vorsitzender des Ortsbeirats Tennenlohe. Engagiert bist du in deinem Distrikt vor allem mit der Arbeit am Tennenloher Boten, welcher ohne dich vermutlich nicht das wäre, was er ist. Denn dein Werk bildet für ganz viele Tennenloher*innen eine der wichtigsten Informationsquellen, um das derzeitige Ortsgeschehen stets auf dem Schirm zu haben. Eine Arbeit, auf die besonders du ganz stolz sein kannst!

Und auch mit 75 Jahren kann man noch vehement für seine Überzeugungen kämpfen, das zeigst du sowohl deinen Genossen im Distrikt und lässt es ebenfalls alle Anwesenden im Ortsbeirat merken. Deine Ansprachen in diesem Gremium zeigen immer wieder - vor allem die StUB ist dir eine echte Herzensangelegenheit. Und ich bin mir sicher, dass wir mit deinem Kampfgeist und vereinten Kräften noch viele weitere Diskussionen zu unserem Ortsteil gewinnen werden.

Lieber Rolf, für dein weiteres Engagement im Ortsteil wünschen wir dir ganz viel Kraft. Du weißt, du wirst dabei nie alleine dastehen: Dein geeinter Distrikt steht hinter dir und zu ihm ebenfalls zählend deine Frau, die du nun schon seit 45 Jahren an deiner Seite weißt. In diesem Sinne alles Gute weiterhin!

Gemeinsam mit den vielen anderen Runden Geburtstag im Distrikt Tennenlohe, wird der 75. Geburtstag am 24. Juli im Garten von Fritz Klein gefeiert. Trotz hohem Alter ist der Distrikt Tennenlohe weiterhin ein sehr aktiver Distrikt. Sehen kann man dies insbesondere an dem jährlichen Exkursionswochenende, welches die ortsansässigen Genossen im Spätsommer, gemeinsam miteinander verbringen.

Wir gratulieren unseren ehemaligen Kreisvorsitzenden Walter Schweigert sehr herzlich zum 70. Geburtstag. Eine ausführliche Würdigung erscheint im nächsten MS

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.06. Wolfgang von Rimscha
85 Jahre

04.06. Karin Zwanzig von Taboritzki
84 Jahre

06.06. Gisela von Rimscha
86 Jahre

06.06. Ruhi Teksifer
87 Jahre

07.06. Karl Gnad
92 Jahre

07.06. Walter Schweigert
70 Jahre

07.06. Walter Träg
78 Jahre

08.06. Rolf Schowalter
75 Jahre

09.06. Annette Fichtner
78 Jahre

09.06. Dieter Haack
88 Jahre

09.06. Gerlinde Köhn
77 Jahre

11.06. Manfred Jeldenc
79 Jahre

12.06. Miroljub Kostic
75 Jahre

17.06. Gert Büttner
75 Jahre

17.06. Sabine Schweigert
65 Jahre

30.06. Jolanda Klar
77 Jahre

30.06. Klaus-D. Löw
75 Jahre

Kandidatur für die Landtagswahl

Liebe Genossinnen und Genossen,
bei der Landtagswahl im kommenden Jahr möchte ich wieder als euer Kandidat im Stimmkreis Erlangen antreten.
Mein Ziel ist, dass unsere Region auch nach dem Ausscheiden von Alexandra Hiersemann, die ja im Stimmkreis Erlangen-Höchstadt nicht erneut kandidieren wird, von einem sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten wird. Das wird ein Herausforderung, denn dafür muss es uns sowohl gelingen, bayernweit ein besseres Ergebnis als 2018 zu erzielen – denn im Landtag braucht es insgesamt mehr sozialdemokratische Abgeordnete – als auch in Erlangen deutlich zuzulegen.

Ich bin überzeugt: Das kann uns miteinander gelingen. Kommunalwahl 2020 und Bundestagswahl 2021 haben gezeigt: Das Potential für viel bessere Wahlergebnisse in Erlangen wie in Bayern ist vorhanden. Die letzten beiden Landtagswahlen 2022 haben aber auch gezeigt: Von selbst kommen diese besseren Ergebnisse nicht. Es wird harte Arbeit, unsere Positionen zu den Menschen zu tragen und die uns nahestehenden Wähler*innen dazu zu bewegen, zur Wahl zu gehen und dort der SPD ihre Stimme zu geben. Wir werden nicht einfach gewählt, weil die Menschen mit der amtierenden Regierung unzufrieden sind – sondern nur dann, wenn die Menschen überzeugt sind, dass wir es nicht nur besser wissen, sondern vor allem besser machen können. Was dann geht, hat zuletzt das Saarland gezeigt.
Ich möchte mit euch diese Kampagne führen. In meiner Arbeit im Stadtrat bin ich als Fraktionsvorsitzender einerseits Generalist, habe Einblick in alle Themen, die für Erlangen und die Menschen in Erlangen wichtig sind. Und andererseits befasse ich mich seit meiner Wahl in den Stadtrat 2014 intensiv mit zwei Themenfeldern, die für Erlanger*innen besonders wichtig sind und bei denen das Land endlich vernünftige Politik machen muss: Wohnen und der Kampf gegen den Klimawandel.
Wohnen ist eine der sozialen Fragen nicht nur in unserer Stadt. Immer mehr Menschen können sich Wohnen kaum noch leisten, immer weiter steigen Mieten, Nebenkosten und Eigentumspreise, immer knapper wird verfügbarer Wohnraum. Wir in Erlangen kämpfen seit 2014 entschlossen dagegen an und haben auch einige Erfolge erzielt: Anders als bayern- und bundesweit steigt bei uns die Zahl der geförderten Wohnungen, wo wir können – was leider viel zu selten der Fall ist –, setzen wir konsequent auf Begrenzungen von Mieten und Eigentumspreisen, wir schreiben hohe Energiestandards und Anpassung an den Klimawandel vor – und machen die Nebenkosten damit unabhängiger von steigenden Energiepreisen – und setzen gerade bei der Gewobau ein ambitioniertes Energiesanierungsprogramm um – ohne dass dort die Mieten wesentlich steigen. Wir zeigen also im Rahmen unserer Möglichkeiten: Politik kann für bezahlbares Wohnen sorgen. Aber unsere Möglichkeiten in der Stadt sind beschränkt, an vielen Stellen müsste der Freistaat handeln: Damit, dass das Baulandmobilisierungsgesetz in Bayern endlich umgesetzt wird, damit mehr Flächen für bezahlbares Wohnen zur Verfügung stehen – da hat Bayern über ein Jahr nichts getan. Damit, dass Bayern endlich auch selbst auf landeseigenen Flächen bezahlbare Wohnungen baut. Damit, dass in der Bauordnung und den Förderrichtlinien für den geförderten Wohnungsbau endlich konsequent Energiestandards festgesetzt und auch entsprechend finanziert werden. Damit, dass Bayern alle Möglichkeiten ausschöpft, Mietanstiege zu beschränken, Grundstücksspekulation zu verhindern und Sanierungen ohne Mietanstiege zu fördern. All das könnte Bayern leisten, und ich möchte dafür sorgen, dass das endlich getan wird!
Ähnlich im Kampf gegen den Klimawandel. Auch hier schreiten wir in Erlangen entschlossen voran, aber auch hier erleben wir: Als Kommune haben wir viel zu wenig Möglichkeiten, und diese sind oft zu aufwändig. Ein aktuelles Beispiel: Um Photovoltaik konsequent für die Stromerzeugung einzusetzen, braucht es eine solare Baupflicht. Die Stadt kann diese für alle Bauvorhaben nur einführen, wenn sie alle über 400 Bebauungspläne überarbeitet und für alle nicht von Bebauungsplänen erfassten Gebiete welche erlässt. Für den Freistaat dagegen ist das eine simple Änderung der bayerischen Bauordnung, und die solare Baupflicht gilt – aber getan wird nichts. Genauso würde ein Radverkehrsgesetz für Bayern die Planungen für Radwege, gerade über die Grenzen von Kommunen hinaus, massiv vereinfachen und damit den Bau beschleunigen. Genauso muss die 10-H-Regeln endlich fallen, eine Pflicht für Betreiber*innen von Windkraftanlagen und Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen, die jeweiligen Kommunen, in denen die Anlage liegt, an den Erträgen zu beteiligen – wie das in anderen Bundesländern längst gilt – könnte den Ausbau massiv beschleunigen und Ungerechtigkeiten gegenüber dem ländlichen Raum, wo die meisten Potentiale liegen, beseitigen. Absurd ist, dass der Freistaat selbst die Einrichtungen in seinem Wirkungskreis durch verknappte Haushaltsmittel faktisch zwingt, zu zu niedrigen Energiestandards zu bauen – wie wir das gerade in Erlangen beim Studentenwerk und teils auch bei der FAU erleben –; da wird auf Jahrzehnte unnötiger Energieverbrauch betoniert.

Und bei all dem fehlt dem Freistaat – und auch konkurrierenden Parteien, gerade den Grünen – jegliches Gefühl dafür, dass der Kampf gegen den Klimawandel auch eine soziale Frage ist, die nur dann gerecht gelöst werden kann, wenn der Staat selbst das Heft des Handels in die Hand nimmt und nicht auf Markt und die Wirkung steigender Energiepreise setzt – denn die sind unsozial und treffen vor allem die, die wenig Möglichkeiten haben, diesen steigenden Preisen auszuweichen, z.B. weil sie sich keine ungeförderte energiesanierte Wohnung leisten können. Und der Kampf gegen den Klimawandel ist gerade in Bayern auch eine Frage der Industriepolitik und des Kampfes für Arbeitsplätze: Denn wenn Bayern den Ausbau erneuerbarer Energien verschläft und die Industrie steigenden fossilen Energiepreisen aussetzt, wird es zur Abwanderung der Arbeitsplätze in die Regionen kommen, die konsequent auf die günstigen erneuerbaren gesetzt haben – dieser Trend beginnt sich gerade in Gang zu setzen und den Menschen in Bayern, deren Arbeitsplätze von den Energiepreisen abhängen, massiv zu schaden. Bayern muss endlich konsequent und sozial gerecht auf erneuerbare Energien setzen – auch dafür will ich im Landtag sorgen!

Lasst uns gemeinsam diesen Wahlkampf für Erlangen und die Region erfolgreich bestreiten! Ich freue mich auf eure Fragen, die Diskussion mit euch, eure Ideen für den Wahlkampf und eure Unterstützung. Wir können was reißen – gemeinsam!

Glückauf, Philipp

Kandidatur für die Bezirkstagswahl

Liebe Genoss:innen,
ich bewerbe mich bei euch als Kandidatin der SPD Erlangen für den Bezirkstag. Mein Name ist Sophia Waldmann, ich bin 26 Jahre alt und im Erlanger Westen aufgewachsen. Nach dem Bachelorstudium der Politikwissenschaft und Soziologie habe ich im Frühjahr meinen Master in Statistik abgeschlossen. Beruflich starte ich im Juli in der Arbeitsmarkt- und Sozialforschung. Seit Januar 2020 bin ich in einer Doppelspitze Vorsitzende der Jusos Erlangen. Trotz Pandemie haben wir seitdem so viele spannende und kontroverse Diskussionen geführt, Anträge besprochen, uns in den Kommunal- und Bundestagswahlkampf eingebracht und engagierte neue Mitglieder gewonnen.

Meine politische Sozialisation hat in der Jugendarbeit begonnen. Nach vielen Jahren als Jugendleiterin in der Gemeinde Herz Jesu in Erlangen habe ich während des Studiums in Würzburg das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt (AWO) kennengelernt. Als stellvertretende Vorsitzende im Bezirksjugendwerk Unterfranken, und später im Landesvorstand, habe ich fünf Jahre lang viel Zeit und Energie in die Jugend- und Verbandsarbeit gesteckt.

Unsere Arbeit im Vorstandsteam drehte sich oft darum, wie wir unsere Angebote für Kinder und Jugendliche mit den Werten der AWO in Einklang bringen können. Das heißt zum Beispiel, Ferienfahrten durch unbürokratische finanzielle Förderung für Familien mit niedrigem Einkommen zugänglich zu machen, durch Schulung der Teamenden und angepasste Betreuungsschlüssel Inklusion zu ermöglichen und den Ehrenamtlichen trotz des pädagogischen Anspruchs Gestaltungsfreiräume zu lassen. So sehr man sich Mühe gibt, stößt man dabei jedoch an gesellschaftlich bedingte Grenzen: Fehlende professionelle Kinderbetreuung in den Ferien kann nicht durch ehrenamtlich organisierte Freizeiten ersetzt werden; Teamer:innen sind oft überfordert mit den Problemen, die Kinder aus der Schule oder von zu Hause mitbringen; und die Armut von vielen lässt sich durch ein paar Spendentöpfe nicht bekämpfen. Deshalb bin ich in die SPD eingetreten: Weil ich die zugrundeliegenden ungerechten Strukturen direkt politisch bearbeiten wollte und immer noch will.

Zwei meiner Herzensthemen fallen in die Zuständigkeit der bayerischen Bezirke: Zum einen die Förderung der Jugendarbeit, wo junge Menschen lernen, sich gegenseitig stärken und Selbstwirksamkeit erfahren können. Die Finanzierung der Bezirksjugendringe spielt hier eine super wichtige Rolle. Zum anderen dreht sich die Arbeit im Bezirkstag um Menschen, die für ein selbstbestimmtes Leben dauerhaft oder übergangsweise Unterstützung brauchen. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Teilhabe an gesellschaftlichem Leben, Kultur und Natur, Bildung und Arbeitsmarkt und auf politische Mitsprache. Selbst wenn das in der Theorie niemand ernsthaft in Frage stellen würde, ist die Realität weit davon entfernt. Und wenn Inklusion, Chancengleichheit und gute Gesundheitsversorgung in Gesetze geschrieben

sind, müssen diese immer noch so finanziert und umgesetzt werden, dass sie wirklich Verbesserungen bringen. Dabei geht es nicht nur um die Menschen, die Unterstützung brauchen, sondern auch um die Arbeitsbedingungen des verantwortlichen Personals.

Liebe Genoss:innen, wir wollen nächstes Jahr Plätze im Landtag und im Bezirkstag gewinnen. Für Letzteres bewerbe ich mich als einzelne Person und bin gleichzeitig überzeugt, dass man ohne euch als Mitstreiter:innen und Diskussionspartner:innen weder im Wahlkampf noch danach besonders weit kommt. Mit eurer Unterstützung freue ich mich auf die Arbeit an einem SPD-Programm für den Bezirk, auf einen fetzigen Wahlkampf und als Ziel: für die SPD Erlangen im Bezirkstag zu wirken.
Freundschaft! Sophia

Bericht zum Workshop „Fehlerfreundliche und inklusive Mobilität im Quartier“

Von Katrin Hurle

Eine kleine, doch sehr engagierte Gruppe Frauen fand sich im Dreycedern zu einem Workshop unter dem Titel „Fehlerfreundliche* und inklusive Mobilität im Quartier“ ein. Dieser Workshop ist Teil der Themen-Serie „Feministische Verkehrswende: Neue Wege, um zu verbinden“ der Erlanger AsF und wurde in Kooperation mit dem Stadtviertelprojekt „Altstadt trifft Burgberg“ geplant und durchgeführt. Der Workshop begann mit einem kurzen inhaltlichen Input von Charlotte Liebel (Projektkoordinatorin von „Altstadt trifft Burgberg“) und Lisa Kaufmann. Charlotte Liebel stellte zunächst das Stadtviertelprojekt „Altstadt trifft Burgberg“ vor. Ziel des Projekts sind unter anderem die Stärkung nachbarschaftlicher Strukturen in der Altstadt und am Burgberg sowie die Förderung des Austauschs zwischen älteren und studentischen Bewohner*innen beider Stadtteile. Die Wichtigkeit des Themas Mobilität wurde betont: Schließlich ist sie unerlässlich für die Erreichbarkeit soziokultureller Angebote und spielt eine zentrale Rolle bei Maßnahmen zum Klimaschutz. Diskriminierungen bezüglich des Zugangs können auftreten, zum Beispiel für Rollstuhlfahrer*innen. Die Mobilitätsinfrastruktur trägt zudem zur Strukturierung der Stadtviertel bei.

Foto: Charlotte Liebel (Projektkoordinatorin des Stadtviertelprojekts “Altstadt trifft Burgberg”)

Als zentrale Leitlinien wurden formuliert: Für alle – Sicher für alle – Fehlerfreundlich / inklusiv – Beziehungs-/Sorgearbeit. Letztere zeichnet sich häufig durch kurze Wege im Viertel aus und sollte bei Verkehrsplanungen künftig stärker berücksichtigt werden. Auch Aufenthaltsflächen für soziale Kontakte sind wichtig.

Foto: Charlotte Liebel (Projektkoordinatorin des Stadtviertelprojekts “Altstadt trifft Burgberg”)

Fehlerfreundliche Ansätze im Verkehr berücksichtigen die Bedürfnisse von Menschen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr schnell laufen können oder nicht gut sehen oder hören. Beispiele hierfür sind längere Ampelschaltungen, breitere Radwege, öffentliche Sitzgelegenheiten, barrierefreie Kennzeichnungen, gute Sichtbeziehungen oder Spielstraßen/30er-Zonen. An dieser Stelle wiesen die Teilnehmerinnen auf die hohe Bedeutung von ausreichend verfügbaren öffentlichen Toiletten hin, gerade in Hinblick auf ältere Menschen oder Kleinkinder. In der Erlanger Innenstadt mangelt es dabei oft an einer ausreichenden Beschilderung der vorhandenen Toiletten.
Als Beispiel für eine schwierige Verkehrssituation stellte Lisa Kaufmann die Ecke Wöhrstraße / Harfenstraße vor. Über diesen Bereich läuft eine stark frequentierte Rad- und Fußgängerroute. Die Wegebeziehungen für den

Radverkehr sind jedoch unklar, zudem bilden wartende Autos vor der Tagesklinik Sichtbarrieren. Mehrere Ein- und Ausfahrten für Klinikmitarbeiter*innen verkomplizieren die Situation zusätzlich, und bei den Bordsteinabsenkungen wurden nur die Einfahrten für Autos bedacht. Da sich eine nähere Betrachtung dieser Situation lohnt, folgt als nächster Termin in der AsF-Reihe „Feministische Verkehrswende: Neue Wege, um zu verbinden“ ein Ortstermin an dieser Stelle.
Danach startete – angesichts des sonnigen Wetters im Freien und damit öffentlich wahrnehmbar – die aktive Phase des Workshops. Die Teilnehmer*innen wurden gebeten, auf einer Karte des Quartiers ihre alltäglichen Wege, inklusive des verwendeten Verkehrsmittels, einzuzeichnen und dabei auf mögliche Schwierigkeiten hinzuweisen. Obwohl die meisten nicht im Quartier wohnen, konnten doch alle Teilnehmerinnen Wege finden, die sie im Rahmen der beruflichen Tätigkeit oder Freizeitaktivitäten mehr oder weniger regelmäßig zurücklegen. Dabei konnten einige Problemfelder identifiziert und mögliche Lösungen aufgezeigt werden.

Hier einige Beispiele:

- Im Bereich des Altstädter Kirchenplatzes sind die „Furten“ (glatt gepflasterte Bereiche) zu eng.
- Im Altstadtbereich, insbesondere der Achse Glockenstraße – Theaterstraße, befinden sich vergleichsweise viele Autos (sowohl durchfahrend als auch parkend), was sowohl die Außengastronomie als auch den Rad- und Fußverkehr stört. Insgesamt werden die Wege in der Altstadt als sehr eng wahrgenommen, so dass es auch zu Konflikten zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen kommt. Auch mit Fahrradhänger ist die Durchfahrt schwierig. Entspannt werden kann die Situation durch Herausnehmen oder zumindest deutliche Reduzierung des Autoverkehrs.
- An der Ecke Loschgestraße zum Eingang der Kinderklinik hin sind die Vorfahrtsbeziehungen Auto-Fahrrad unklar.
- Die Heuwaagpassage ist nicht angenehm zum Durchlaufen, insbesondere abends / nachts. Lösung wäre hier mehr Beleuchtung.
- Die Nutzung des Theaterplatzes als Parkplatz wird als dem Umfeld nicht würdig wahrgenommen, allerdings würde ein Wegfall der Parkplätze großen Widerstand der Öffentlichkeit hervorrufen.
- Der Ruhebereich an der Hindenburgstraße ist schlecht zugänglich
- Der Fußweg in der Rathsberger Straße ist wegen Aufparkern schwer zu nutzen
- Weitere öffentliche Toiletten am Martin-Luther-Platz und am Lorlebergplatz wären sinnvoll
- Außerdem mehr Mülleimer im gesamten Stadtgebiet

Als positiv wurden die öffentliche Toilette am Spielplatz am Theaterplatz sowie die Paulistraße (schöner Belag, Bäume) wahrgenommen.
Während wir nun gemeinsam mit „Altstadt trifft Burgberg“ in die Nachbereitung des Termins gehen, überlegen parallel einige Genossinnen, ähnliche Termine in ihren jeweiligen Distrikten zu veranstalten: denn fehlerfreundliche und inklusive Mobilität ist ein Thema für ganz Erlangen!

Für jeden Kunden genau das richtige Girokonto!

direkt GIRO: Ideal für Kunden, die ihr Girokonto online oder via App führen möchten.

classic GIRO: Orientiert sich vollständig an Ihren Bedürfnissen.

mein GIRO: Kostenloses Girokonto für Kinder und junge Leute bis zum 27. Geburtstag[1].

Mit der Sparkassen-Card überall bequem bezahlen und an rund 23.500 Sparkassen-Geldautomaten in Deutschland und vielen weiteren Geldautomaten weltweit Geld abheben.

[1] Kostenlos für Schüler, Auszubildende und Studierende bis max. zum 27. Geburtstag. Stand 10/2021

sparkasse-erlangen.de/giro

Ausländer- und Asylpolitik

Zwei-Klassen-Flüchtlinge? Welche Regelungen gelten für Geflüchtete aus der Ukraine?

Von Alexandra Hiersemann
MdL

Vor fast genau drei Monaten begann Putin seinen Angriffskrieg auf die Ukraine. Eine erschreckende Entwicklung, die von vielen bis zu ihrem Eintritt für unwahrscheinlich gehalten wurde. Seither sind insgesamt rund sechs Millionen Menschen aus der Ukraine geflüchtet. In Deutschland sind davon bislang mehr als 800.000 Geflüchtete erfasst worden, darunter vor allem Frauen und Kinder. In Bayern haben mehr als 100.000 Personen Zuflucht gefunden. Die Zahlen sind dabei jedoch mittlerweile rückläufig, da einige Menschen schon in ihr Herkunftsland, ins Kriegsgebiet, zurückkehren.

Die rechtlichen und damit auch tatsächlichen Grundlagen für diese Menschen sind allerdings deutlich anders, als für die Geflüchtete aus anderen Ländern, die zum Teil schon seit Jahren bei uns sind. Denn am 3. März 2022 wurde erstmals in der Geschichte der Europäischen Union die Richtlinie 2001/55/EG – die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie – aktiviert, um Geflüchteten aus der Ukraine vorübergehenden Schutz zu gewähren. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, diese Geflüchteten unabhängig von individuellen Asylverfahren und ohne Reglementierung durch das Dublin-System aufzunehmen. In Anbetracht der vielen Geflüchteten ist dies ein wichtiger Schritt zur schnellen Aufnahme der Betroffenen. Europa zeigt hier – endlich – Zusammenhalt für Menschen in Not!

In Deutschland erfolgt die Umsetzung der Richtlinie durch § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). Demnach können entsprechende Aufenthaltserlaubnisse für zunächst zwei Jahre ausgestellt werden. Der besondere Personenkreis, der in den Anwendungsbereich der Richtlinie fällt, hat bislang jedoch Geflüchtete aus der Ukraine dann ausgeschlossen, wenn diese sich bereits vor dem 24. Februar 2022 in Deutschland befanden, aber keinen Aufenthaltstitel haben, sprich geduldet bzw. vollziehbar ausreisepflichtig sind, oder zum Personenkreis derer gehören, bei denen die Abschiebung in die Ukraine nur ausgesetzt war.

Diese Personengruppe hatte bislang keinen Anspruch auf einen Aufenthaltstitel auf der Grundlage des § 24 AufenthG, sondern wurde lediglich weiter geduldet. Mit einer Klarstellung des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 14. April 2022 wurde der Anwendungsbereich nun auf sie mit wenigen Ausnahmen sinnvollerweise ausgeweitet. Dies ist wegen der – positiven – Folgen, die sich aufgrund der europäischen Richtlinie ergeben, wesentlich!

In weiteren Klarstellungen seitens des BMI (vom 14.04.2022) wird unter anderem der einzubeziehende Zeitpunkt der Ausreise aus der Ukraine vor den 24. Februar 2022 ausgeweitet (auf bis zu 90 Tagen). Auch die Aufhebung von Einreise- und Aufenthaltsverboten, die ggf. wegen einer Abschiebung vor dem 24.02.2022 ausgesprochen wurden (§ 11 AufenthG), ist auf Antrag zu prüfen und zu gewähren. Auch – sogar – in Bayern wird dies klargestellt!

Unterschiedliche Leistungen je nach Herkunftsland

Doch welche Leistungen stehen Personen zu, die registriert sind und einen Aufenthaltstitel nach § 24 AufenthG erhalten? Grundsätzlich sind davon (nur) die eingeschränkten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz umfasst.

Der Zugang zur Erwerbstätigkeit ist zunächst nicht in den Vorgaben des §24 AufenthG inbegriffen, ist jedoch Teil der EU-Richtlinie. Das BMI hat daher die Länder angewiesen, den entsprechenden Personen ohne Weiteres mit ihrem Antrag auf Registrierung (also auch ohne ein konkretes Beschäftigungsangebot) eine Beschäftigungserlaubnis auszustellen.

Die Zuständigkeit für die Gewährung der Sozialleistungen liegt bisher für alle Geflüchteten bei den Sozialämtern, der Zugang zu medizinischer Versorgung ist eingeschränkt. Letzterer muss dabei mit der Ausstellung von Behandlungsscheinen durch das Sozialamt gewährt werden – eine diskriminierende und mit hohem bürokratischen Aufwand verbundene Praxis.

Ab 1. Juni 2022 soll es nun jedoch für registrierte Geflüchtete aus der Ukraine umfassende Änderungen geben: Ein frühzeitiger Wechsel in die Grundsicherungssysteme führt zu besserem Leistungszugang. Dies schafft bessere Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, darunter unter anderem eine bessere Gesundheitsversorgung und die Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Krankenversicherung, ebenso Erleichterungen bei Wohnsitzauflagen. Die Zuständigkeit liegt damit künftig bei den Jobcentern, wo Geflüchtete aus der Ukraine „Hilfe aus einer Hand“ erhalten sollen. Dazu zählen der Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, zum Arbeitsmarkt und Unterstützung bei der Organisation von Kinderbetreuung.

Da die europäische Richtlinie aber eben nur für die Menschen aus der Ukraine gilt, hat dies schwer nachvollziehbare praktische Folgen, da beispielsweise Geflüchteten aus den Kriegsgebieten Syrien und Afghanistan diese Zugänge verwehrt bleiben! Das Ergebnis ist die Ungleichbehandlung von Geflüchteten. Die konkreten Ausgestaltungen lassen sich zwischen den registrierten Geflüchteten aus der Ukraine gegenüber den Geflüchteten aus anderen Ländern direkt gegenüberstellen:

Hartz IV gegenüber der Verweigerung des Existenzminimums durch das Asylbewerberleistungsgesetz;

Bessere medizinische Leistungen und einfacher medizinischer Zugang durch die Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber schlechterer Gesundheitsversorgung durch Asylbewerberleistungsgesetz sowie diskriminierenden Vorgängen durch Behandlungsscheine;

Uneingeschränkter Arbeitsmarktzugang und Wohnungsmarktzugang gegenüber Auflagen bzw. Verboten.

Sozialdemokratische Migrationspolitik
Künftig könnte und sollte der Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine Vorbild- statt Ausnahmecharakter aufweisen und als Wegweiser für die deutsche Flüchtlingspolitik dienen. Es wird Zeit, dass wir die ernsthaften Voraussetzungen für eine geregelte Zuwanderung und Integration schaffen. Unsere sozialdemokratischen Grundsätze beinhalten: Menschenwürde, internationale und europäische Solidarität, Zusammenhalt der Gesellschaft und zwar unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder Abstammung, sexueller Orientierung, Leistung oder Nützlichkeitsaspekten. Es gibt gute und wichtige Ansätze dazu im Koalitionsvertrag des Bundes, und viele von uns hoffen darauf, dass diese baldmöglichst umgesetzt werden können!

Freispruch vor Gericht – wir lassen uns von Rechtsradikalen nicht einschüchtern!

Von Munib Agha
Vorsitzender

Liebe Genoss:innen,
wie ihr sicherlich der Berichterstattung aus den Erlanger Nachrichten entnommen habt, stand ich vor Gericht wegen Teilen eines Artikels auf Facebook. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth erließ das Amtsgericht Erlangen gegen den Vorsitzenden der Linken Erlangen, Lukas Eitel, und mich im Dezember 2021 einen Strafbefehl in Höhe von 20 Tagessätzen à 50 Euro, da wir nach deren Ansicht gegen das Kunsturhebergesetz vorstoßen hätten.
Ich habe kurz vor Weihnachten 2020 auf Facebook einen Beitrag der Gruppe Antithese über einen rechtskräftig verurteilten Bewohner der Burschenschaft Frankonia geteilt. Verurteilt wurde er wegen illegalen Waffenbesitzes und Verwendung von verbotenen Symbolen wie Hakenkreuzen und SS-Runen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, die zur Bewährung ausgesetzt wurde.
Wenige Tage nachdem ich den Link auf Facebook geteilt habe, hat mich der Bewohner der Burschenschaft bei der Polizei angezeigt. Dabei ist der Text selber aus Sicht der Polizei und Staatsanwaltschaft nicht strafrechtlich relevant gewesen. Zum Strafbefehl kam es aufgrund der im Artikel eingebetteten Bilder, die den Verurteilten zeigen. Dieser hat die Bilder auf seinen Social-Media-Kanälen öffentlich gestellt. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft und des Amtsgerichts habe ich also gegen deshalb Kunsturhebergesetz verstoßen.
Der Punkt ist allerdings, dass das Kunsturhebergesetz in diesem Kontext nicht greift. Der geteilte Artikel bezieht sich auf eine rechtskräftig verurteilte Person, womit diese als Person des Zeitgeschehens gilt, weswegen auch kein Verstoß des Kunsturhebergesetz vorliegt. Siehe dazu §23 des Gesetzes. Deswegen haben Lukas und ich im Dezember Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt, weshalb es dann am 22. Februar zur Verhandlung kam, die aber dann recht schnell vertagt wurde, da keine Zeug:innen geladen waren und Lukas und ich uns auf Anraten unseres Anwaltes nicht äußerten.
An Gründonnerstag kam es dann zur Fortsetzung des Prozesses mit den Zeug:innen. Geladen wurden, der, der uns angezeigt hat, also der im Dezember 2020 rechtskräftig verurteilte Bewohner der Burschenschaft Frankonia als auch die ermittelnde Kriminalkommissarin.
Auf Nachfragen meines Anwalts Alexander Hoffmann hat der Kläger zugegeben, dass der Inhalt des Artikels richtig ist. Auch bei den Fotos hat er zugegeben, dass sie von ihm sind und dass sie damals auch öffentlich gestellt wurden. Auf dem einen Foto ist er in Wehrmachtsuniform zu sehen. Im Text zum Instagram-Foto berichtet er von einem Vortrag vor 150 Menschen, den er mitgehalten hat. Außerdem wurden nach dem Vortrag Lieder mit dem Bundespräsidentenkandidaten der NPD, Frank Rennicke, gesungen.
Ein anderes Bild von ihm enthält den Text <<Opa erzählen lassen - staatlich propagandierten Schuldkult stoppen !!>>. Mein Anwalt wollte dann von ihm wissen, was mit Schuldkult gemeint ist. Auch auf diese Frage antwortete er eindeutig und warf dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor diesen Schuldkult ebenfalls zu betreiben.
Außerdem hat sich herausgestellt, dass der Kläger Bücher mitverfasst, die auch der rechten Szene zuordenbar sind.
Besonders interessant war übrigens die Aussage der Kriminalkommissarin. Die Polizei hatte wohl keine ausreichenden Gründe gesehen, dass Lukas und ich einen Straftatbestand erfüllen. Sie hätten also nicht weiterermittelt. Die Staatsanwaltschaft hat aber wohl darauf bestanden, dass weiter gegen Lukas und mich ermittelt wird.
Letztendlich hat sich die Richterin der Argumentation meines Anwalts angeschlossen und Lukas und mich freigesprochen. Der Artikel zum rechtskräftig verurteilten Bewohner der Burschenschaft Frankonia ist wenige Tage nach seiner Verurteilung erschienen und ist deswegen eindeutig in dem Kontext zu sehen. Die Bilder stehen in einem klaren Kontext zum Text des Artikels und der Kläger verfasst weiterhin entsprechende Bücher an denen er bis heute, also auch nach 2020, weiterhin Geld verdient.
Zur politischen Einordnung: Die Intention der Klage war es mich und alle anderen einzuschüchtern wichtige Rechercheartikel zur rechten Szene zu teilen. Die Masche ist nicht neu, zu ähnlichen Klagen kommt es bundesweit, wo auch Urteile gesprochen worden sind.
Zivilgesellschaftliche antifaschistische Recherchearbeit ist wichtig und deswegen bin ich froh, dass es Gruppen wie die Gruppe Antithese in Erlangen

gibt. Sie machen nicht nur wichtige Bildungsarbeit, sondern auch wichtige Recherchen.
Als 2017 die AfD und insbesondere die AfD Erlangen versucht hat sich noch ein bürgerlich-konservatives Image zu geben, war es die Gruppe Antithese, die aufgezeigt hat, dass dem nicht so ist. Ohne diese Recherchearbeit hätte ich 2017 einen Organisator einer Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl nicht davon überzeugen können die AfD wieder auszuladen.
Ohne die Gruppe Antithese hätte ich nie gewusst, dass nicht unweit von mir jemand wohnt, der Waffen aus dem zweiten Weltkrieg restauriert und deswegen rechtskräftig verurteilt wurde. Es ist meine verdammte Pflicht als Demokrat und insbesondere als Stadtratsmitglied dieser Stadt diese Infos zu teilen! Schlimm genug, dass es überhaupt zu einem Prozess kam, aber umso erleichterter bin ich, dass die Richterin sich nicht der Argumentation der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth angeschlossen hat.

Sei dabei: Stadtradeln 2022

Die Stadt Erlangen nimmt vom 27. Juni bis 17. Juli 2022 am STADTRADELN teil. Alle, die in der Stadt Erlangen wohnen, arbeiten, einem Verein angehören oder eine (Hoch-)Schule besuchen, können beim STADTRADELN mitmachen.
Auch der SPD-Kreisverband und die SPD-Fraktion sind wieder mit dem
Team „Rote Radler:innen“ am Start und laden dich ein, gemeinsam mit vielen anderen Genoss*innen, Kilometer für das Team der SPD aber auch für die Stadt zu sammeln. Für mehr Infos und für die Registrierung:
stadtradeln.de/erlangen

Brief der AG 60+ Erlangen an den Vorsitzenden der AG 60+ Lothar Binding

An den Vorsitzenden der AG 60+
Lieber Genosse Lothar Binding,

wir, das sind die aktiven Mitglieder der AG 60+ des Kreisverbands Erlangen, wenden uns heute an Dich mit einer besonderen „Note“.
Wir haben Dich schon „live“ im vergangenen Bundestagswahlkampf in Erlangen auf dem Marshall-Platz erleben dürfen und damit in bester Erinnerung.
Unser Brief möchte Dir lieber Lothar unsere Überlegungen und Forderungen nahe bringen bezüglich einer zu planenden Friedensinitiative von 60 +.
Mittlerweile ist ja das sich Einsetzen für den Frieden „anrüchig“ geworden, soviel Schmutz wie medial auf Menschen geworfen wird, die sich nicht der allgemeinen Kriegsbegeisterung anschließen wollen: Feigheit vor „dem Feind“, Zauderei und damit „Verrat an den westlichen Werten“, Herzlosigkeit und Hirnlosigkeit, von den sinngewandelten Ausdrücken wie „Russlandfreunde“ etc. nicht anzufangen. Aber es machen sich immer auch diejenigen schmutzig, die mit dem Dreck werfen! Ansonsten gilt das alte Bonmot: „Viel Feind, viel Ehr‘...“

Was sind nun unsere Überlegungen und Forderungen, die helfen sollen, den Krieg in der Ukraine zu beenden?

Der Angriff Russlands gegen die Ukraine ist ein klarer Bruch des Völkerrechts.
Wir fordern daher den sofortigen Stopp der Kriegshandlungen und die Aufnahme von Verhandlungen zur Konfliktbeilegung unter Aufsicht entweder des Sicherheitsrats, der OSZE, einer Neuauflage der KSZE oder eines ganz neuen Gremiums der Vereinten Nationen. Die jüngsten Entwicklungen im Konflikt zwischen Russland einerseits und der Ukraine, den Mitgliedsstaaten der Nato bzw. der Europäischen Union andererseits, erfüllen uns mit tiefer und zunehmender Sorge vor einer, unter Umständen sogar atomaren, Ausweitung dieses Krieges nach Zentral-Europa.

Wie kann die SPD an dieser Stelle sich dem Frieden verpflichtet verhalten?

In der Sozialdemokratie gehören internationale Solidarität, die universelle Achtung der Menschenrechte, Frieden und Dialog

zum Grundverständnis politischen Handelns.
Wir setzen auf Diplomatie und Dialog, zivile Krisenprävention und Friedensförderung, Abrüstung und Rüstungskontrolle in internationaler Zusammenarbeit. Dazu standen wir im Wahlkampf und stehen dazu auch heute. Gerade in dieser dramatisch zugespitzten außenpolitischen Situation.
Die völkerrechtswidrige Eskalation des seit Jahren schwelenden Konflikts macht eine grundsätzliche Reflexion der deutschen Außenpolitik nötig. Vor dem Hintergrund eines Nuklearwaffeneinsatzes ringen wir mit der sicherheitspolitischen Neuausrichtung der Bundesregierung, dem geplanten 100 Mrd. Sondervermögen und dem jährlichen größer als 2% des BIP-Ziels für Rüstungsausgaben im Rahmen der Nato. Keinesfalls darf es „Automatismen“ in Rüstungsangelegenheiten geben, oder das Parlament „beiseitegeschoben“ werden. (Die Erfahrungen während der Pandemie machen skeptisch!)

Folgende Folgerungen/Forderungen ergeben sich daraus:
· Keine weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Belieferung ermöglicht nur die Verzögerung diplomatischer Lösungen, verteuert die humanitären Hilfsleistungen, verursacht immer umfangreichere Zerstörungen durch die künstlich verlängerten Kriegshandlungen.
· Keine Zustimmung zu weiteren militärischen Ausbildungen von Streitkräften aus Nicht-Nato-Staaten mehr.
· Die Kündigung Deutschlands an der nuklearen Teilhabe. Eine Verteidigungsstrategie, die Teile Europas der Zerstörung durch Nuklearsprengköpfe preisgibt, ist keine Verteidigung, sondern Selbstaufgabe.
· Keine Sonderkonditionen bei einer eventuellen Aufnahme der Ukraine in die EU. (Was ja Wiederaufbauhilfen oder andere Hilfen nicht ausschließt)

Wir als Arbeitsgemeinschaft der SPD in einer von der SPD angeführten Regierung fühlen uns nur dem Frieden verpflichtet. Nicht den „diplomatischen Wünschen“ der Ukraine, noch den unübersehbaren Hegemoniebestrebungen unseres transatlantischen Partners.

Wir sehen es in dieser angespannten und beängstigenden internationalen Lage als unsere Bürgerpflicht und als unsere innerparteiliche Mitwirkungspflicht an, mit deutlichen Äußerungen unsere Meinung zu Gehör zu bringen, und wünschen uns von der AG 60+ im Bund:
Das Starten einer neuen Diplomatieinitiative speziell von Menschen 60+, vielleicht europaweit in einer gemeinsamen Petition.

Wie ein solcher diplomatischer Weg aussehen könnte? Dazu möchte ich den Genossen Willi Rester zitieren, der im roten Netz der Bayern-SPD folgendes vorgeschlagen hat:

Ein erster Schritt wäre ein Waffenstillstand. Der jetzige Frontverlauf würde Demarkationslinie, hinter der die jeweiligen Waffensysteme, über ihre jeweilige Reichweite, zurückgezogen werden müssen. Für die Überwachung müssen (beidseitig) vertrauenswürdige internationale Organisationen sorgen.
Die Ukraine schließt die faschistischen Milizen aus der Nationalgarde aus und löst sie auf. Sie verhindert aktiv eine weitere Schattenexistenz dieser Milizen. Die Ukraine duldet eine internationale Untersuchung der Exzesse dieser Milizen gegen russischsprachige Bewohner der Ukraine. Im Gegenzug duldet Russland die internationale Untersuchung der mutmaßlichen Kriegsverbrechen durch russische Militäreinheiten.
Die aktuell russisch besetzten Gebiete gehen schrittweise von der russischen Militärverwaltung an eine internationale Kontrolle über (UNO oder KSZE, oder etwas neu zu Schaffendem). Die Ukraine bereitet eine Verfassungsänderung vor, die diesen Gebieten eine weitgehende Autonomie zugesteht. Die schon langjährig abgespaltenen Regionen Donezk, Luhansk und Krim bekommen einen eigens zu verhandelnden Status. Offiziell bleibt die Ukraine neutral (Österreichmodell).
Es wird ein Fahrplan aufgestellt über die schrittweise Rücknahme der Sanktionen, Wiederaufnahme Russlands in internationale Organisationen, Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen und eines politischen Vertragswerks („Gemeinsames Haus Europa“ plus Rüstungskontrollen).
Russland erzielt damit einen gesichtswahrenden Verhandlungserfolg, der zu Lasten der Ukraine geht. Europa überführt einen heißen Krieg in einen kalten Konflikt, kann wieder frei wirtschaften, immense Militärkosten vermeiden und einem Atomkrieg entkommen. Die Ukraine verhindert die Zerstörung eines Viertels ihres Staatsgebiets, hat die langfristige Chance auf die Rückerlangung ihrer vollen Souveränität und auf eine freie Entwicklung.
Man kann diesen Weg gehen, man muss nicht. Es gibt auch andere Möglichkeiten, diesen Konflikt zu bearbeiten. z.B. die nächsten 20 Jahre aufeinander zu schießen. Oder sich mit der Frage auseinandersetzen, wie die NATO nach zwei Atombomben auf Kiew und Odessa reagieren soll. Mir gefällt von allen denkbaren Möglichkeiten die oben skizzierte am besten...

Lieber Lothar, lass uns 60+Menschen aktiv werden, versuchen wir gemeinsam eine europäische Petition aufs Gleis zu bekommen, in der der Vorschlag einer diplomatischen Konfliktbeilegung umgesetzt wird und das Ganze am liebsten „gestern“.

Wir wünschen Dir für die Ausübung deiner ausgesprochen schwierigen Amtspflichten jede erdenkliche Kraft und das berühmte dicke Fell gegen die zu erwartenden unfairen persönlichen Anwürfe.

Freundschaft!

Aktuelles aus dem Rathaus

Meldungen aus der Stadtratsfraktion

Universitätsstraße wird nur teilweise Fahrradstraße - Komplette Straße als Ziel

Ende April hat der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss die Planungen für die Umgestaltung der Universitätsstraße verändert. Für diese war im Februar die Umwandlung in eine Fahrradstraße beschlossen worden. Dies soll nun zunächst nur auf dem Teilstück zwischen Halbmondstraße und Fahrstraße geschehen.

In der Bearbeitung zur Fahrradstraße hat sich herausgestellt, dass der Konflikt zwischen parkenden Autos und Bussen im östlichen Teil vor den Kliniken noch größer ist als beim Beschluss im Februar angenommen und sich dort keine schnelle Lösung finden lässt. Und mit einer zusätzlichen Bevorrechtigung für Radfahrer*innen würde es für den Busverkehr fast unmöglich, die Straße trotz parkender Autos zu durchfahren, weil das Warten und Ausscheren bei Gegenverkehr gefährlich ist. Die ESTW haben nun erklärt, sie könnten den Busverkehr dann nicht mehr durchführen. Für den Patientenverkehr beider Kliniken, die viele ambulante, stark beeinträchtigte Patient*innen haben, braucht es Stellplätze in unmittelbarer Kliniknähe – einfach die Stellplätze wegzunehmen, um sicheren Bus- und Radverkehr zu ermöglichen, ist daher keine Lösung. Und eine Herausnahme der Busse hieße massiv schlechtere Erreichbarkeit der Kliniken und des Zollhausviertels mit dem ÖPNV.

Deshalb soll nun gemeinsam mit dem Universitätsklinikum für den östlichen Teil der Universitätsstraße ein Verkehrs- und Parkkonzept entwickelt werden. Das soll sicherstellen, dass die knappen Parkplätze direkt bei den Kliniken den Patient*innen nutzen, die direkt bis zu den Kliniken fahren müssen. Sobald es gelingt, durch eine effizientere Bewirtschaftung der vorhandenen Stellplätze – auch der des Klinikums auf deren Grundstücken – den Stellplatzbedarf im öffentlichen Raum erheblich zu reduzieren, die An- und Abfahrten zu den Kliniken besser abzuwickeln und vielleicht auch die Führung der Buslinien zu optimieren, wird die Fahrradstraße kommen. Eine solche Effizienzsteigerung können z.B. Parkzeitregeln sein, die unnötiges Dauerparken vor den Kliniken verhindern, wie es im öffentlichen Straßenraum z.B. durch Studierende und Beschäftigte der FAU stattfindet.

„Wir haben den Beschluss, zunächst nur den Westen der Universitätsstraße zur Fahrradstraße zu machen, nicht gerne getroffen“, so SPD-Verkehrssprecher Andreas Richter: „Aber Schnellschüsse, die dann nicht funktionieren und immer wieder verändert werden müssen, schaden an einer sensiblen Stelle wie den Kliniken. Deshalb war die Entscheidung richtig, jetzt zunächst einen Schritt zurückzugehen. Und mit unserem Ergänzungsantrag, gemeinsam mit dem Klinikum ein Verkehrskonzept zu entwickeln, haben wir klargestellt: Ziel bleibt, dass die ganze Universitätsstraße Fahrradstraße wird!“

Klima-Aufbruch - Zwischenstand

Die Erstellung des Fahrplans für den Klima-Aufbruch zur Erreichung der Klimaneutralität in Erlangen läuft intensiv. Der Bürger*innenrat aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern sowie die Runde der Stakeholder entwickeln bis Mitte Juli Maßnahmen auf der Grundlage von Vorschlägen des ifeu-Instituts. Bis Herbst entsteht dann der Fahrplan Klima-Aufbruch, über den der Stadtrat beschließt.

Die nun vorgestellten Analysen des ifeu-Instituts zeigen jedoch erneut die Schwierigkeiten, mit denen Erlangen gerade als Vorreiter im Klimaschutz zu kämpfen hat. Nachdem Bund und Land bislang nicht das Erlanger Ziel, bis vor 2030 klimaneutral zu werden, teilen, ist es für eine Großstadt zum derzeitigen Stand nicht möglich, dieses Ziel isoliert zu erreichen. Die Rahmenbedingungen z. B. durch den bundesweiten Strommix und den Verkehr bestimmen auch die Stadt Erlangen weitgehend. Der vom ifeu genannte Rahmen, dass ohne den Verkehr 25-50 % der Emissionen von der Stadt direkt beeinflusst werden könnten, dürfte wohl leider eher deutlich zu hoch angesetzt sein. So werden hier auch Universität oder Uniklinik als direkt von der Stadt beeinflussbar eingestuft, was jedoch leider nicht der Fall ist.

Daher schlägt das ifeu-Institut Folgendes vor: Das 1,5-Grad-Ziel wird nicht in Frage gestellt. Die Stadt Erlangen wird weiterhin alles dafür tun, was möglich ist. Dennoch ist das 1,5-Grad-Ziel unter den gegenwärtigen Bedingungen in Erlangen lokal nicht erreichbar. Daher wurden zwei weitere Szenarien (Klima und Klima-Plus) entwickelt. Diese gehen von einer Treibhausgasminderung von 95 % bis 2045 entsprechend der Zielsetzung auf Bundesebene aus. Das Klima-Szenario entspricht dabei einem fast linearen Absenkpfad der Treibhausgasemission. Das Klima-Plus-Szenario hingegen entspricht einer deutlich schnelleren Absenkung bis 2035 und orientiert sich am 1,75-Grad-Ziel.

Für die SPD ist klar, dass zumindest das Klima-Plus-Szenario Leitlinie des Handelns der Stadt sein muss. Gleichzeitig muss der Weg offen bleiben, auf den 1,5-Grad-Pfad zurückzukehren, wenn Bund und Land hierfür die Voraussetzungen schaffen.

Damit wir in Erlangen mit den vorhandenen Ressourcen möglichst effizient umgehen, sollen als Instrumente der Klimahaushalt und die Betrachtung der Klimafolgekosten eingeführt werden. Im Klimahaushalt werden Teilbudgets für die einzelnen Ämter und Bereiche aufgeteilt und betrachtet, wo zu viel Treibhausgase ausgestoßen werden, um hier mit finanziellen und personellen Ressourcen gegenzusteuern. Es ist ein Pilotprojekt, das nach derzeitigem Kenntnisstand noch keine andere Kommune in Deutschland umsetzt. Die Klimafolgekosten sollen in Ausschreibungen, Vergaben und Planungen einbezogen werden, um klimaverträgliche Investitionen durchsetzungsfähiger zu machen.

Teilhabe für Alle stärken – Erhöhung des Rabatts für ErlangenPass-Inhaber*innen

Nach sieben Jahren mussten die Eintrittspreise für die Erlanger Bäder (Röthelheimbad und Westbad) zum 01.05.2022 um 12 % - 14 % erhöht werden.
Damit diese Erhöhung sozial verträglich und familienfreundlich bleibt, hat die SPD-Fraktion beantragt, dass der Rabatt für ErlangenPass-Inhaber*innen angepasst wird. Beschlossen vom Stadtrat wurde ein Rabatt von 80 Prozent. Die SPD hat außerdem beantragt, dass die Stadt ein Konzept entwickelt, für alle städtischen Angebote des ErlangenPasses eine Erhöhung der Ermäßigung auf mindestens 70% zu erreichen.
Andreas Bammes, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion: „Der ErlangenPass stärkt seit 2016 die Möglichkeit zur Teilhabe an verschiedensten Freizeit- und Kulturangeboten für viele sozial benachteiligte Erlanger*innen. Steigende Preise bei verschiedenen Angeboten sorgen aufgrund der prozentual festgelegten Ermäßigung für ErlangenPass-Inhaber*innen dafür, dass diese nun mehr Geld ausgeben müssen, um diese Teilhabe weiter zu erlangen. Dem konnten wir mit dieser Anpassung entgegenwirken und den Besuch der Erlanger Bäder weiterhin attraktiv halten."

Initiative zur Rettung von Lebensmitteln

Zahlreiche noch genießbare Lebensmittel werden weggeworfen. Dies ist neben der sozialen Problematik auch ein Problem für Umwelt und Klima.
In Erlangen setzen sich insbesondere die Initiative Erlangen containert, der Lebensmittelrettungsladen ‚Teilerei', die Tafel und foodsharing für ein Ende des Wegwerfens von noch genießbaren Lebensmitteln ein.
Bislang ist jedoch Containern, also das Entnehmen von als Abfall entsorgten, genießbaren Lebensmitteln, in Deutschland, anders als z. B. in Österreich, immer noch als Diebstahl eingestuft. Viele Supermarkt- oder Discounterfilialen haben auch eine feste Vorgabe der Firmenzentrale, eine Spende von Lebensmitteln an Rettungsinitiativen auszuschließen und Containern nicht zu tolerieren.
Andreas Richter, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Das Thema der Lebensmittelrettung treibt mich schon seit Jahren um. Es ist ethisch nicht zu rechtfertigen, dass das Entnehmen von als Abfall entsorgten, genießbaren Lebensmitteln strafrechtlich verfolgt wird. Sinnvoll wäre hier eine Verpflichtung wie in Frankreich, diese Lebensmittel nicht als Abfall zu entsorgen, sondern zu spenden."
Da dieses Problem auf kommunaler Ebene nicht gelöst werden kann, haben die SPD-Fraktion, Grüne / Grüne Liste-Fraktion, Erlanger Linke und ödp einen Antrag gestellt, dass die Stadt Erlangen in den Städtetag die Forderung einbringt, durch Bundesgesetz ein Verbot des Wegwerfens von genießbaren Lebensmitteln durch Produzenten und Handel zu erlassen. Für nichtverkäufliche Lebensmittel muss eine Pflicht zur Spende eingeführt werden.
Im Arbeitsprogramm des Haushalts 2022 wurde auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, dass die städtische Abfallberatung in Kontakt tritt mit örtlichen Einzelhändler:innen und Supermärkten, um diese für eine kostenlose Abgabe von nicht mehr zu verkaufenden Lebensmitteln zu gewinnen. Darüber hinaus wurde beantragt, dass die Teilerei mit einem dauerhaften Mietzuschuss unterstützt wird. Die Teilerei ist ein Laden für Essensretter. Hier gibt es Lebensmittel, die sonst auf dem Müll gelandet wären, obwohl sie eindeutig noch essbar sind. Auch auf diesem Wege unterstreicht die SPD-Fraktion die Relevanz des Themas.
Auch sog. „Gib & Nimm"-Schränke, mit Fokus auf Lebensmittel, tragen ihren Teil zur Lebensmittelrettung bei. Andreas Richter dazu: „Konzepte des ‚Sharings', der Kreislaufwirtschaft, der solidarischen Nachbarschaftshilfe und der bildungsmäßigen Ertüchtigung zum verantwortungsvollen Konsum erleben bereits eine breite Akzeptanz – auch in Erlangen: Dies zeigt die hohe Nachfrage etwa nach der Online-„Verschenkbörse" des Umweltamtes, nach Tauschringen, Lebensmittel-„Fairteilern" und der Teilerei, dem (durch Mietnachlass städtisch geförderten) „Umsonstladen" sowie nach den in Privatinitiative aufgestellten öffentlichen Bücherschränken. Diese Initiativen sollen weiterhin unterstützt und gestärkt werden."

Ein Deckel für die A73?

Schon seit einiger Zeit gibt es Überlegungen, die A73 im Bereich Bruck mit einem „Deckel" zu versehen und so endlich die Menschen in Bruck vor dem Lärm der Autobahn zu schützen. Auf den meisten Abschnitten dort gibt es nämlich bisher gar keinen oder nur unzureichenden Lärmschutz.
Der Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss hat nun im April für die Stadt zugestimmt, dass die zuständige Autobahngesellschaft des Bundes den Ausbau der A73 mit einer „Überdeckelung" der Autobahn weiter plant und dabei die Strecke ausgeweitet: Der „Deckel" soll jetzt von der Tennenloher Straße bis zur Anschlussstelle Zentrum reichen, also auch den Anger einschließen. Damit würde für weit über 10.000 Menschen in unserer Stadt, die unter dem Lärm der A73 leiden, die Lebensqualität dramatisch verbessert. Und der „Deckel" böte auch die Chance, darauf z.B. Spiel- und Freizeitanlagen zu platzieren, vielleicht auch Stellplätze, die dann mehr Grün in den angrenzenden Vierteln möglich machen.

Eine ordentlich große „Kröte" gibt es allerdings zu schlucken: Derzeit können solche Lärmschutzmaßnahmen nur gefördert werden, wenn eine Autobahn erweitert wird – für die A73 heißt das Ausbau auf echte sechs Fahrstreifen statt der bisherigen zwei plus durchgängiger Verflechtungsspur. Ein solcher Ausbau steht aber den Klimazielen entgegen, auch weil mehr bzw. breitere

Straßen auch immer mehr Verkehr nach sich ziehen – das Ziel muss aber eine massive Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zu Gunsten des Umweltverbunds sein.
„In der Abwägung haben wir uns entschieden, die Planungen weiterzuführen“, erläutert SPD-Verkehrssprecher Andreas Richter: „Der Lärmschutz ist eine Frage der Lebensqualität und auch eine soziale Frage: In den von der A73 verlärmten Gebieten leben – wie fast immer in verlärmten Gegenden – besonders viele Menschen mit niedrigem Einkommen. Diese sind dem Lärm ausgesetzt, der gesundheitliche Auswirkungen hat und die Lebenserwartung verkürzt. Diese leben in Gebieten, die wenig Freiflächen haben und wo diese Freiflächen wegen des Lärms nur wenig zu nutzen sind. Und diese Menschen können nicht einfach wegziehen, weil sie sich die höheren Mieten in weniger verlärmten Gegenden nicht leisten können. Deshalb muss entlang der A73 endlich effektiver Lärmschutz kommen!“
Richter ergänzt aber auch: „Ein Ausbau der A73 ist nicht unser Ziel. Gemeinsam mit unserer Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich, die seit Jahren für den Lärmschutz kämpft, werden wir uns daher dafür einsetzen, dass im Bund die Förderregularien geändert und Lärmschutz ohne Ausbau möglich wird – was ein dickes Brett ist, weil es aus der Zeit des ‚autogerechten Landes’ der 60er und 70er Jahre wahnsinnig viele Stellen gibt, wo Autobahnen (fast) ohne Lärmschutz direkt an Wohnbebauung vorbeiführen. Wir hoffen, dass sich mit den neuen Mehrheiten im Bund und deren stärkerem Fokus auf die Verkehrswende da etwas bewegt. Und dann heißt es natürlich: Deckel ohne Ausbau – die Pläne haben wir dann schon gemacht.“

Verstetigung des Projektes „miteinandER“

Um insbesondere Jugendliche für Hetzparolen und Fremdenfeindlichkeit zu sensibilisieren und in der Abwehr von Hassparolen zu stärken, stellte die SPD-Fraktion zum Haushalt 2019 den Antrag an die Stadtverwaltung, ein Konzept für Argumentationstrainings für Jugendgruppen, Vereine und Schulen zu erarbeiten. Dafür waren Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 Euro vorgesehen.
Gemeinsam mit dem Büro für Chancengleichheit und Vielfalt entwickelte der Stadtjugendring daraufhin das Projekt „miteinandER“ und organisierte eben diese Argumentationstrainings mit jungen Menschen. miteinandER bietet allerdings deutlich mehr als antirassistische Workshops. Der Stadtjugendring hat sich zum Ziel gesetzt, mit diesem Projekt junge Menschen, die man mit bereits bestehenden Angeboten eher nicht erreicht, dazu zu befähigen, sich kritisch mit dem aktuellen Geschehen in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen und sich auch mit der eigenen Meinung einzubringen.
In Workshops wurden so zum Beispiel vorherrschende Verschwörungsmythen diskutiert und widerlegt.
Mit Hilfe des Computerspiels Minecraft setzte man sich mit der Wohnraumproblematik in Erlangen auseinander und entwickelte gemeinsam Lösungsansätze, die Umweltaspekte einbeziehen.
An Schulen wurden interreligiöse Dialoge organisiert, um die Sichtweise von Klassenkamarad*innen besser zu verstehen.
Mit Reparaturworkshops wird niederschwellig das Problem der Ressourcenverschwendung vermittelt.
Anfang dieses Jahres endete die erste Phase des Projekts miteinandER, weshalb der Stadtjugendring in der Aprilsitzung des Haupt- und Finanzausschusses die Konzeption vorstellte. Einstimmig wurde im Ausschuss eine Verstetigung des Projekts durch die Verdoppelung der Mittel auf 40.000 Euro beschlossen. Die angebotenen Workshops sollen dabei intensiviert werden und Jugendleiter:innen dazu geschult werden, diese auch durchführen zu können.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Erlanger Benefizlauf

Von Lisa Kaufmann

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Zeiten der virtuellen Läufe sind vorbei: es wird endlich wieder gemeinsam gelaufen!
Der Erlanger Benefizlauf im Röthelheimpark ist eine sehr schöne und unglaublich entspannte Laufveranstaltung: jede Runde ist genau einen Kilometer lang und jede:r kann so viele Runden laufen oder walken oder spazierengehen, wie er/sie mag. Die ideale Einsteigerveranstaltung mit sehr guter Stimmung bei Läufer:innen und Zuschauer:innen.
Die Anmeldung ist kostenfrei, um eine Spende für den guten Zweck wird gebeten.
Dieses Jahr findet die Veranstaltung am **Samstag, 25. Juni** statt. Die Erwachsenenläufe beginnen ab 13:30 Uhr.
Das Team „SPD Erlangen“ geht gemeinsam mit unserem OB an den Start, daher bitte bei der Anmeldung in der Auswahl für den Team-Cup „ja“ anklicken und das Team „SPD Erlangen“ angeben:

https://www.benefizlauf-erlangen.de/ausschreibung/

Ungleich bis zur Wahlkabine

Von Jan Schulz

Die vergangene Bundestagswahl hat die SPD wieder zur stärksten der Partei'n gemacht. Dieser Wahlerfolg darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die letzten Jahrzehnte sehr dürftige Zeiten für die deutsche und europäische Sozialdemokratie waren. Das ist umso beunruhigender als die sozioökonomische Ungleichheit in der gleichen Zeit in ganz Europa massiv angestiegen ist – also genau die soziale Frage, die einmal den Gründungsmythos der Sozialdemokratie ausgemacht hat. In einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Ökonomische Ungleichheit und Wahlverhalten“ haben die Jusos darüber diskutiert, warum die SPD hier anscheinend nicht mehr als Problemlöserin angesehen wird und wie wir das zukünftig ändern können.

Meine, deine, unsere Realität?

Um ein Problem in der öffentlichen Debatte adressieren können, muss es zuerst einmal wahrgenommen werden. Wähler*innen wählen schließlich nach ihrem subjektiven Bild der Wirklichkeit, das oft nicht der objektiven Wirklichkeit entspricht. In Deutschland hält sich tatsächlich fast die ganze Bevölkerung für Teil der Mittelschicht, wie Umfragedaten immer wieder aufs Neue belegen – egal, wie reich oder arm jede*r einzelne tatsächlich ist. Die Erhöhung der Ungleichheit der letzten Jahre ist so gar nicht im Bewusstsein der breiten Bevölkerung angekommen. Dazu tragen gerade in Deutschland ein sozial abgrenzendes Bildungssystem und segregierte Wohnviertel ebenso bei wie die unsägliche kulturelle Norm, bloß nicht über das eigene Einkommen zu reden [1]. So weiß kaum jemand, was der*die Nachbar*in oder Kolleg*in verdient – und wie groß die ökonomische Ungleichheit wirklich ist. Das macht es für Neoliberale von der Mittelstandsunion bis zum Bund der Steuerzahler leicht, schon mit der Namensgebung den Eindruck zu erwecken, sie setzten sich für die breite Bevölkerung anstatt für die Interessen der Reichen ein. Da kann sich dann selbst Friedrich Merz plötzlich zur „gehobenen Mittelschicht“ zählen.
Das soll keinesfalls als Wähler*innenschelte verstanden werden. Das Problem liegt nicht bei der Wähler*innenschaft, sondern ist eine Frage politischer Kommunikation und Praxis. Es muss die Aufgabe einer sozialdemokratischen Linken sein, über solche Entwicklungen aufzuklären und die entsprechenden Konflikte rhetorisch zuzuspitzen. Beim Gender Pay Gap sind die Wahrnehmungen zum Beispiel typischerweise viel näher an der Realität – was sicherlich auch an sehr erfolgreicher feministischer Aufklärung beispielsweise über den Equal Pay Day liegt, der ein abstraktes Konzept konkretisiert und greifbar macht [2]. Das österreichische Momentum Institut berechnet jedes Jahr den „Corporate Tax Refusal Day“, also den Tag im Jahr, bis zu dem Unternehmen durch Gewinnverlagerung und andere Steuervermeidungsstrategien durchschnittlich keine Steuern abgeführt haben. Solche und ähnliche Konzepte, die sich am erfolgreichen Vorbild feminististischer Kampagnen zu geschlechterbezogener Lohngleichheit orientieren, würden das Thema Ungleichheit wieder dorthin bringen, wo es schon lange hingehört – ins öffentliche Bewusstsein.

Nicht alle Wahlbeteiligungen sind gleich...

Ungleichheit wieder mehr zu einer Priorität in der öffentlichen Debatte zu machen, ist dabei nicht nur normativ richtig, es ist auch im ureigenen Interesse der SPD. Menschen aus niedrigen Einkommensschichten beteiligen sich viel weniger am politischen Prozess und gehen sehr viel seltener wählen. Das liegt

zum einen daran, dass ärmeren Menschen weniger Ressourcen und Zeit für Information und politische Teilhabe zur Verfügung steht [3], zum anderen aber auch daran, dass Ungleichheit ärmeren Wähler*innen signalisiert, dass ihre Stimme ohnehin nicht gehört wird [4]. Je größer die ökonomische Ungleichheit also ist, desto ungleicher ist auch die politische Beteiligung und Repräsentation [5]. Ausgerechnet diejenigen, die am stärksten von Umverteilung profitieren würden, können sich dadurch am wenigsten am politischen Prozess beteiligen. Auch aus eigenem Interesse muss die SPD diese Wähler*innenschichten wieder zurückholen und glaubhaft versichern, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Dazu gehört auch und insbesondere, die Zusammensetzung der Parteigremien vom Ortsverein bis zur Parteispitze anzugehen, die viel zu oft weiß, männlich und akademisch geprägt ist und so viele Perspektiven ausschließt.

Steuern? Machen doch die anderen!

Das Gefühl, als ärmere Person politisch nicht repräsentiert zu werden, ist dabei oft leider nicht so falsch. Tatsächlich werden die Wünsche der Reichsten um ein Vielfaches wahrscheinlicher in politische Entscheidungen umgesetzt als die Wünsche der unteren Einkommensschichten [6]. Zu Umverteilung von unten nach oben beigetragen haben dabei vor allem die Steuererleichterungen für hohe Einkommen und Vermögen der letzten beiden Jahrzehnte wie die Senkung des Spitzen(einkommens)steuersatzes 2001, die Senkung des Unternehmenssteuersatzes 2008 sowie die Erhöhung der Freibeträge und Ausnahmeregelungen bei der Erbschaftssteuer 2004, 2009 und 2016. In all diesen Jahren war die SPD an der Bundesregierung beteiligt. Zur gleichen Zeit hat die SPD, vor allem in der jüngsten Vergangenheit, aber auch viele progressive wirtschaftspolitische Projekte verwirklicht – vom Mindestlohn bis zur Grundrente. Warum fällt der Sozialdemokratie also ausgerechnet die so zentrale Steuerpolitik so schwer?

Ein kürzlich erschienener Beitrag von Fastenrath und Ko-Autor*innen widmet sich genau diesem Thema – und macht die sehr erfolgreiche Rhetorik von „Wirtschaftskompetenz“ von konservativer Seite verantwortlich [7]. Alexander Petring sagt dazu im gleichen Beitrag: „Die ganze Sache berührt ein echtes Problem der SPD, nämlich, wie wir mit der Frage von Wirtschaftskompetenz umgehen. Und der Vorwurf von konservativer Seite ist immer [...] mit diesem Vorschlag zerstört ihr unsere Wirtschaft.“ Und das hat handfeste Konsequenzen, wie ein*e anonyme*r SPD-Bundestagsabgeordnete*r darlegt: „Die Situation ist so: Wir müssen Leute überzeugen, dass sie in den Finanzausschuss gehen [...] und bei der CDU haben sie Wartelisten.“ Der Steuermythos, jegliche Maßnahme zur Umverteilung und jeder Staatseingriff führe unweigerlich zur Zerstörung „der“ Wirtschaft scheint dazu zu führen, dass Sozialdemokrat*innen in steuerpolitischen Fragen das Feld viel zu oft nur vorgeblich wirtschaftskompetenten Konservativen überlassen.

Diese Steuermythen sind natürlich ebenso alarmistisch wie falsch. Und genau wie bei den endlosen Debatten zum Mindestlohn, bei denen dieselben Ängste geschürt wurden, müssen wir uns als Sozialdemokratie solchen Argumenten selbstbewusst und mit guten Argumenten entgegenstellen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist auch sachlich gute Wirtschaftspolitik und es spricht empirisch viel dafür, dass gleicher verteilter Wohlstand auch schneller wächst und so der ganzen Bevölkerung zugutekommt. Dazu gehört auch, dass wir unsere Wahlkämpfer*innen befähigen, sich solchen Diskussionen zu stellen und argumentativ Steuerpolitik stärker in den Fokus rücken. Die Kampagne zur Vermögensteuer bei der letzten Bundestagswahl war dazu sicherlich ein guter Anfang.

Das ist doch alles Identitätspolitik!

Die soziale Frage bleibt zentral für jedes sozialdemokratische Projekt. Dazu gehört es, konkrete wohlfahrtsstaatliche Alternativen zu entwerfen, die auf Umverteilung und materielle Besserstellung der unteren Einkommensschichten zielen. Gleichzeitig spricht auch aus wahlstrategischen Gründen wenig dafür, ausschließlich ökonomische Themen gegen vermeintliche „Identitätspolitik“ auszuspielen. Solche Strategien scheinen in der Vergangenheit äußerst wenig erfolgreich gewesen zu sein und an der Wahlurne tendenziell eher Stimmen gekostet als gebracht zu haben [8]. Soziale Ungleichheiten verlaufen entlang vieler verschiedener Linien und gute sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss sie alle im Blick haben – schon aus Eigennutz, sodass wir noch eine Weile die stärkste der Partei'n bleiben.

[1] Schulz, J., Mayerhoffer, D. M., & Gebhard, A. (2022). A network-based explanation of inequality perceptions. Social Networks, 70, 306-324.
[2] Mayerhoffer, D. M., & Schulz, J. (2021). Marginalisation and Misperception: Perceiving Gender and Racial Wage Gaps in Ego Networks. In International Conference on Complex Networks and Their Applications (S. 768-779). Springer, Cham.
[3] Schattschneider, E. E. (1960). The semisovereign people: A realist's view of democracy in America. New York: Holt, Reinhart, and Winston.
[4] Bartels, L. M. (2008). Unequal democracy: The political economy of the new gilded age. Princeton, NJ: Russell Sage Foundation and Princeton University

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Juli/August 2022
22. Juni 2022

Terminankündigung

Wie geteilte Mikromobilität das Leben junger Frauen verändert

eScooter können bereits ab 14 Jahren geliehen werden und gehören inzwischen für viele junge Frauen zu den Standard-Verkehrsmitteln.

Gesprächsrunde zu den Sicherheits- und Gesellschaftsaspekten im AUGUST-BEBEL-HAUS gemeinsam mit Stadträtin Eda Simsek am

Mittwoch, den 6. Juli um 19.00 Uhr.

Press.
[5] Schäfer, A., & Schwander, H. (2019). 'Don't play if you can't win': does economic inequality undermine political equality?. European Political Science Review, 11(3), 395-413.
[6] Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A. (2017). „Dem Deutschen Volke "? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 27(2), 161-180.
[7] Fastenrath, F., Marx, P., Truger, A., & Vitt, H. (2021). Why is it so difficult to tax the rich? Evidence from German policymakers. Journal of European Public Policy, 29(5), 1-20.
[8] Abou-Chadi, T., & Hix, S. (2021). Brahmin Left versus Merchant Right? Education, class, multiparty competition, and redistribution in Western Europe. The British Journal of Sociology, 72(1), 79-92.

AG 60plus im Unterbezirk

Vorsitzender:
Hartmut Wichert

Am 27.04. wurde in der Thalermühle der Vorstand der AG 60+ im Unterbezirk Erlangen neu gewählt.
Zum 1. Vorsitzenden wurde einstimmig Hartmut Wiechert, Erlangen, gewählt. Seine Stellvertreterinnen sind Gabi Dorn-Dohmstreich, Baiersdorf, und Martina Haase, Erlangen.
Die neue Schriftführerin ist Martina Haase, Erlangen.
Als BeisitzerInnen wurden gewählt: Monika Fath-Kelling, Erlangen, Christa Matern, Erlangen, und Jürgen Jansen, Herzogenaurach
Vertreter im Unterbezirksvorstand ist weiterhin Hartmut Wiechert.
Die künftigen Termine zu Veranstaltungen gehen auf dem gewohnten Weg an alle GenossInnen der AG 60+.
f.d.R. Martina Haase

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Alexander Schmid

Nächste Sitzung am 21.Juni, 19.30 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben

Vorsitzender: Alexander Schmid

Am 3.5.2022 ist der Distrikt Anger-Bruck zur Jahreshauptversammlung im Angerwirt zusammengekommen. Dort wurde ein neuer Vorstand, mit Alexander Schmid als Vorsitzenden, Sinan Ehrdin als Stellvertreter und Luise Hohenstein und Max Schaller als Beisitzer gewählt. Christa Matern wurde erneut einstimmig zur Kassiererin ernannt.

Protokoll der Jahreshauptversammlung:

1. Begrüßung
Begrüßende Worte durch Munib Agha
2. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
Wahl von Sandra Radue und Munib Agha zur Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Vorstellungsrunde
Anwesenheit von 13 Personen
4. Rechenschaftsbericht

5. Wahl des/der neuen Vorsitzenden
Zur Wahl steht Alexander Schmid
Wahl von Alexander Schmid mit 10 gültigen Stimmen und 9 Ja Stimmen
6. Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden
Zur Wahl steht Sinan Ehrdin
Wahl von Sinan Ehrdin mit 11 gültigen Stimmen und 11 Ja Stimmen
7. Wahl der BeisitzerInnen
Zur Wahl stehen Luise Hohenstein und Max Schaller
Wahl von Luise Hohenstein mit 11 gültige Stimmen und 10 Ja Stimmen
Wahl von Max Schaller mit 11 gültigen Stimmen und 9 Ja Stimmen
8. Wahl der/des KassiererIn
Zur Wahl steht Christa Matern
Wahl von Christa Matern mit 11 gültigen Stimmen und 11 Ja Stimmen
9. Wahl der RevisorInnen
Zur Wahl stehen Christina Koschmieder und Franz Höfer
Einstimmige Wahl der RevisorInnen durch Handzeichen
10. Nominierung der VertreterInnen im Kreisvorstand der SPD Erlangen
Zur Wahl stehen Luise Hohenstein und Alexander Schmid
Einstimmige Wahl der VertreterInnen durch Handzeichen
11. Anträge
Bericht des Stadtteilbeirats für die anwesenden Stadträte
Parksituation für Anwohner am Anger
Wie können Anreize geschaffen werden, um die Verwendung von öffentlichen Verkehrsmitteln attraktiver zu gestal-

ten
Lärmbelästigung der Anwohner durch die Autobahn A73
Vorschlag zur Gestaltung eines Flyers welcher an die betroffenen Anwohner ausgeteilt wird
Diskussion zur Übertragung der Kasse des Ortsverein an den Kreisverband
Mögliche Verwendung der Fördergelder für den FSV Erlangen-Bruck e.V.
12. Sonstiges und Termine
12.5.22 Kreismitgliederversammlung
14.5.22 10-15 Uhr Analyse der Kommunalwahlergebnisse im Turnerbund
10.6.22 ab 15 Uhr Gemeinschaftlichen Bergbesuch am Ehrichkeller
Schafkopftunier im ATSV, Termin noch ausstehend
21.6.22 19:30 Sitzung des Ortsverbandes Anger-Bruck
13. Schlussworte der/des neuen Vorsitzenden
Aussicht auf geplante Schwerpunkte

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Felix Klingert
felix.klingert@spd-erlangen.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit möchten wir euch zur kommenden Distriktsitzung

am 21. Juni um 19.00 Uhr im Brückenpaulus

einladen!
Bitte meldet euch bei Fragen oder Rückmeldungen per Mail: schaefer-erlangen@web.de und felix.klingert@spd-erlangen.de.
Solidarische Grüße,
Silvia und Felix

Distrikt Süd

Vorsitzender:
Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch ein zu unserer Jahreshauptversammlung

am Mittwoch, den 29.6., um 20.00 Uhr im Bürgertreff Berliner Platz, Berliner Platz 1.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist:

1. Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Bericht des Vorstands, Kassenbericht sowie Bericht der RevisorInnen
4. Aussprache
5. Aktuelles aus Stadtteilbeirat und Stadtrat
6. Aktueller Stand Umsetzung Integrierten städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) Erlangen-Südost (https://wsdf98546.erlangen.de/aktuelles/isek_erlangen_suedost)
6. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Richter
Vorsitzender

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laden Euch herzlich ein zu unserer Distriktversammlung

am Mittwoch, 15.06.2022, 19.00 Uhr Schlossgaststätte, Schlossgasse 7

Tagesordnung :
Aktuelles: zur politischen Lage.
Diskussion mit dem Vorsitzender der SPD-Fraktion Philipp Dees über Themen aus der Stadtpolitik
Probleme bei Kassenübertragung an den Kreisverband wegen unserer Ortszeitung. Diskussion um Lösungsmöglichkeiten.
Probleme bei der Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Zusammenarbeit der

SPD-Vertreter/innen in den Orts- und Stadtteilbeiräten.
Verschiedenes

Für den Vorstand Rolf Schowalter
Treffen im Juli: Mittwoch, 13.07., 19.00 Uhr

Protokoll der Distriktversammlung vom 11.05.2022 in Tennenlohe

Top1: Aktuelles
Gert berichtet über die 1. Mai Kundgebung in Erlangen. OB Dr. Florian Janik hat eine sehr gute Rede gehalten.
Rolf berichtet, dass die Tennerloher Kerwa dieses Jahr wieder stattfinden wird. Ein Festwirt ist gefunden. Da die Stadt die Versicherung der Veranstaltung nicht mehr übernimmt, muss dies nun von den Kerwavereinen selbst übernommen werden. Dies kann aber aus den Mitgliedsbeiträgen gut geleistet werden.

Top2: Diskussion zum Krieg in der Ukraine
Verteidigungsministerin Christine Lambrecht steht in der Kritik. Sie hat bei den Diskussionen um den Ukrainekrieg nicht immer glücklich agiert und die Mitnahme Ihres Sohnes auf einem Regierungsflug war, wenn auch rechtlich nicht zu beanstanden, so doch unsensibel. Weitere Fehler sollte sie sich nicht leisten.
Der Distrikt findet die Diskussion in der Erlanger SPD über Friedenspolitik und insbesondere den russischen Angriff auf die Ukraine trotz kontroverser Beiträge über Waffenlieferungen fair und offen.

Top3: Diskussion zu Orts- und Stadtteilbeiräte
Der Distrikt findet die Orts- und die Stadtteilbeiräte ein wichtiges Element der direkten Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen in der Stadt. Leider ergibt sich zunehmend der Eindruck, dass viele Anträge nicht oder nur unzureichend bearbeitet werden. Andreas widerspricht, dass nach seiner Erfahrung im Stadtrat alle Anträge verantwortungsvoll bearbeitet und beantwortet werden.

Top4: Tennenloher Bote
Die Bearbeitung des TB hat sich leicht verzögert, soll aber bis Mitte Mai in Druck gehen, so dass er bis Ende Mai verteilt werden kann. Rolf freut sich, dass er einen Artikel des Alt-OB Dietmar Hahlweg über die Eingemeindung Tennenlohe aufnehmen konnte. Er berichtet weiterhin darüber, dass der Tennenloher Altbürgermeister Adolf Most die Eingemeindung wegen dem politischen Druck der Staatsregierung nicht verhindern, bei den Verhandlungen aber die Errichtung des katholischen Kindergartens durchsetzen konnte.

Top5: Sonstiges
Bei der Distriktsitzung am 15. Juni wird Dr. Philipp Dees über Stadtentwicklung und am 13. Juli Dr. Andreas Richter über Klimaschutz in Erlangen berichten.
Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere diesjährige Jahreshauptversammlung (ohne Neuwahlen) findet am

Mittwoch, den 22.06. um 20 Uhr im Güthlein (Dorfstraße 14, Büchenbach)

statt. Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Aktuelles
2. Wahl einer Versammlungsleitung
3. Rechenschaftsbericht
4. Kassenbericht
5. Entlastung des Vorstands und Kassiers
6. Vorbereitung Landtags- und Bezirkstagswahlen
7. Berichte aus Kreisvorstand, Fraktion und Orts- und Stadtteilbeiräten
8. Verschiedenes

Wir freuen uns über zahlreiche Teilnahme!
Solidarische Grüße,
Katrin Hurle

Distrikt West

Vorsitzende:
Katrin Hurle
katrin9290@googlemail.com
Felizitas Traub-Eichhorn

AsF

Sprecherinnen:

- Birgit Brod
  biggibrod@gmx.de
- Saskia Coerlin
  scoerlin@hotmail.com
- Valeria Fischer
- Katrin Hurle
  katrin9290@googlemail.com
- Lisa Kaufmann
- Johanna Pfister

Liebe Genoss:innen,
die AsF hat im März eine Veranstaltungsreihe rund um das Thema "feministische Verkehrswende" gestartet mit dem Ziel, Frauen* jeden Alters, unabhängig von Status und Einkommen miteinander zu vernetzen. Gemeinsam werden bedürfnisorientierte Verbesserungsmöglichkeiten in den Bereichen der Mobilität und Sicherheit herausgearbeitet.
Im Mai fand im Rahmen des Stadtviertel-Projekts "Altstadt trifft Burgberg" ein Workshop mit dem Titel "Fehlerfreundliche und inklusive Mobilität im Quartier" im Verein Dreycedern e.V. statt. In dieser Ausgabe des Monatsspiegels findet ihr auch einen ausführlicher Bericht von Katrin Hurle zu dem Workshop. Wir werden die dort gewonnenen Sichtweisen in den kommenden Terminen weiter herausarbeiten und vor Ort konkrete Verbesserungsmöglichkeiten ausfindig machen. Darauf aufbauend findet ein Qualitätscheck als Ortsbesichtigung der Wöhrstraße/Schwabachanlage am 11. Juni um 10 Uhr statt. Im Anschluss findet die „ASF am Berg" statt.

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 04. Mai 2022

Tagesordnung:
Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Aktuelles
Nächste Termine - Verschiedenes

Top 1: Begrüßung durch die Vorsitzende Monika Fath-Kelling.

Top 2: Aktuelles
Ausführlich haben wir die KMV vom vergangenen Donnerstag, 28.04.22 (gemeinsam von der AsF, den JUSOS und der AG60+ gestaltete KMV zum Themenkomplex „Frieden“) besprochen, sowohl die Beiträge der AsF (Referat von Kathrin Hurle) und der JUSOS (Referat von Mark Schuster) sowie auch unseren Impuls (referiert von Monika). Von allen Referaten sollten Texte im Juni-Monatsspiegel veröffentlicht werden.
Wir überlegen, wie sich aus unserem Beitrag Briefe (oder Anträge) beispielsweise an die Bundes- AG60+ formulieren ließen, um damit für Unterstützung unserer Sicht auf den Umgang mit dem Ukraine-Konflikt zu werben. Nach engagierter, teils kontroverser Diskussion entscheiden wir uns für die Briefform. Leicht angepasste Briefe sollten bekommen: SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, um ihm in seinem schwierigen Umfeld den Rücken zu stärken, viele von uns haben den Eindruck, er sei der „last man standing“ des Teams Frieden für die Ukraine, statt Krieg in der Ukraine, der mit immer mehr Waffenlieferungen „kunstvoll“ verlängert wird. An unsere Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, um auch ihr den Rücken zu stärken, denn ihre Aufgabe ist es in erster Linie dafür zu sorgen, dass die Bundesrepublik mit der Bundeswehr verteidigungsfähig bleibt/wird. Die Kriegshandlungen in der Ukraine durch Waffenlieferungen verlängern zu helfen, ist genuine nicht Aufgabe einer deutschen Verteidigungsministerin, auch wenn jetzt angeblich die deutsche Freiheit statt am Hindukusch in der Ukraine verteidigt wird. (Wir erinnern uns alle noch gut an ihren Auftritt beim Frauenempfang als Bundesjustizministerin in Erlangen). Auch Thomas Geisl, ehem. OB von Düsseldorf, soll einen Brief erhalten mit unterstützenden Worten, denn er musste für eine unseren Forderungen sehr ähnliche Meinungsäußerung einen Shitstorm über sich ergehen lassen. An die SPD AG60+ Bundesvertretung soll ebenso ein Brief gehen, mit der Bitte um Unterstützung für unsere Position im Parteivorstand. Hem schlägt vor, die AsF und die Jusos zu dieser innerparteilichen Initiative „mitzunehmen“.
Monika liest den Entwurf vor, der von uns überarbeitet wird. Wir fordern darin u.a. einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen. Eine militärische Lösung ist nach unserer Meinung die undemokratischste und teuerste „Lösung“, die wir uns erlauben. Monika wird die Entwürfe zusammen mit Hem fertigstellen. Die Entwürfe sendet Monika den Teilnehmern der Sitzung zum Gegenlesen und Bestätigen.

TOP 3: Nächste Termine: - Verschiedene

Mittwoch, 08. Juni 2022, 15:00 – 17:00 in der Thalermühle.

Protokollführerin: Renate Schmidt

AG 60plus

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Jusos,
im Juni 2022 treffen wir uns als Jusos und bereden folgende Themen:
- 14.06.: Friedens- und sicherheitspolitischer Kompass der Sozialdemokratie
- 28.06.: Thema offen

Wir treffen uns zu diesen Sitzungen in der Regel im Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses (Friedrich-List-Str. 5, 91052 Erlangen, Eingang über Parkplatz). Änderungen etc. werden über Slack bekannt gegeben. Ebenso kann es natürlich zu Änderungen in den Themen kommen. Eine Einladung zur jeweiligen Sitzung wird dann per Mail und Slack übermittelt.
Des Weiteren werden wir dieses Jahr auch auf den Berg gehen. Ein endgültiger Termin steht noch nicht fest. Weiterführende Informationen über die gängigen Kanäle.
Für unsere Sitzungen hoffen wir wie immer auf eine rege Beteiligung sowie eine gute, konstruktive Diskussion.
Euer Vorstand

Jusos

Vorsitzende:
Mark Schuster
Sophia Waldmann
info@jusos-erlangen.de

VIEL SPASS AM BERCH!

Erlangen

SPD

V.i.S.d.P. Mustafa Agha, SPD Erlangen, Friedrich-Luo-Str. 5, 91054 Erlangen